

Wohnungssuchende unnötig lange auf eine Wohnung warten müssen. Wenn aber mit gleichen Mitteln statt einer Mietwohnung ein Eigenheim, ein Dauernutzungsrecht oder eine Eigentumswohnung geschaffen werden kann, dann soll die Entscheidung allein der Wohnungssuchende fällen.

Nach dem NWP '75 sollen die Wohnungsbauförderungsmittel stärker nach Schwerpunkten eingesetzt werden, damit die Wohnungen dort errichtet werden, wo Verkehrseinrichtungen, Schulen und andere Gemeinschaftseinrichtungen wirtschaftlich genutzt werden können. Wohnungsbau muß als Teil der Stadtentwicklung und damit im Interesse aller Bürger betrieben werden.

Leider ist zu befürchten, daß auch für Eigentumswohnungen wegen der steigenden Nachfrage Preise gefordert werden, die die wohnungssuchenden Normalbürger nicht bezahlen können, oder die das Land zu unverantwortlich hohen Subventionen zwingen würde. Daher sollte das gemeinschaftliche Eigentum, das Dauernutzungsrecht an einer Wohnung, in gleicher Weise wie Eigenheime und Eigentumswohnungen gefördert werden.

FDP: Mehr Eigentumswohnungen

„Was vielen gehört, wird schlecht verwaltet“ Reinhold Maier

Die FDP bejaht aus liberaler Grundüberzeugung das Privateigentum und spricht sich grundsätzlich für eine Eigentumsförderung im Wohnungsbau aus. Allerdings muß dabei zwischen den verschiedenen Formen der Eigentumsbildung differenziert werden.

Bislang standen bei der Förderung von Eigentumsbildung die Eigenheime konventioneller Art im Vordergrund. Daneben sollte nunmehr verstärkt die Eigentumswohnung mit in die Förderungsüberlegungen einbezogen werden.

Angesichts der drohenden Zersiedelung unserer Landschaft, der Knappheit an Bauland, der großen Erschließungskosten einschließlich der Versorgung und Entsorgung muß sorgfältig geprüft werden, inwieweit eine unbegrenzte Förderung von Eigenheimen möglich sein wird.

In dieser Rentabilitätsrechnung dürfen auch die Fragen der Belastbarkeit der Kommunen (etwa durch die erhöhten Aufwendungen für den Nahverkehr) nicht fehlen.

Zudem geht der Trend bei einem großen Teil unserer Bevölkerung dahin, sich in Verdichtungsräumen oder im Verflechtungsbereich der Verdichtungsräume an-

Porträt

Solingen hat seine besondere politische Wertmarke. Heinz Dunkel (SPD) heißt sie, Jahrgang 1931. Im Jahre 1964 wählten den Zweiunddreißigjährigen seine Parteifreunde, unterstützt von drei DFU-Stimmen, gegen die CDU und FDP zum Stadt-oberhaupt — jüngster OB in der Bundesrepublik. Sechs Jahre später — 1970 — bestätigte ihm der SPD-, CDU- und FDP-Rat durch eine einstimmige Wiederwahl, daß er seine Sache gut gemacht hatte.

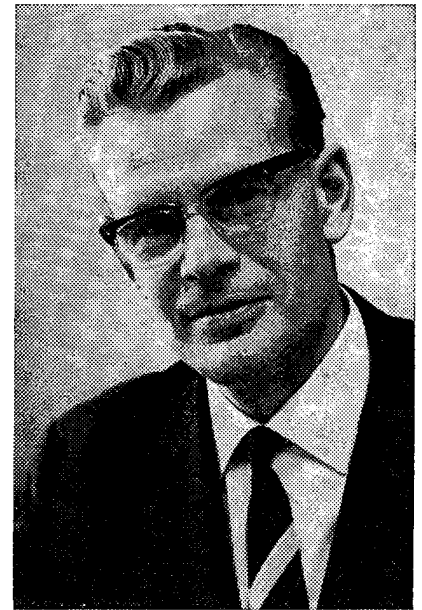
Sein erlernter Beruf ist regional bestimmt. Er ist Schneidwarenschleifer in der Solinger Industrie gewesen, und in dieser Tätigkeit betrat er die politische Bühne.

Die Gruppe Heimarbeiter in der Schneidwarenindustrie (IG Metall) wählte ihn zu ihrem zweiten Vorsitzenden. Mit 29 Jahren saß er bereits im Rat der Stadt. Die kommunalen Probleme entwickelten sich zu seinen Alltagssorgen und drängten ihn über die Grenzen seiner Stadtregion hinaus. Zweimal blieb er in der Landtagswahl Sieger gegen den attraktiven CDU-Gegenkandidaten, den ehemaligen Finanzminister Pütz.

Heute führt er im Landtag, folgerichtig in der Kommunalpolitik avanciert, den Vorsitz im Ausschuß für Verwaltungsreform. „Ich bin sicher“, sagte er voraus, „daß bis 1975 die Reform abgeschlossen ist.“ Voraussetzung sei allerdings, daß die Entwicklung sachlich vorangetrieben werde und die Bildung der großen Gemeinden und Kreise nicht in den Parteienstreit gerate. Die wichtigsten Schwerpunkte erkennt Dunkel in den Ballungsräumen, in denen größere Einheiten zu schaffen sind.

zusiedeln. Stellt man weiterhin in Rechnung, daß unsere Gesellschaft mehr und mehr zu einer „mobilen Gesellschaft“ wird, Familieneigenheime die Mobilität jedoch hemmen, so sind die wichtigsten Argumente für eine verstärkte Förderung von Eigentumswohnungen erbracht.

Dabei sollte angestrebt werden, daß die gemeinnützigen Wohnungsbau-genossenschaften ihren Mitgliedern die



Heinz Dunkel (SPD),
Vorsitzender
des Ausschusses für Verwaltungsreform

Daß er als Oberbürgermeister und engagierter Kommunalpolitiker nunmehr als Vorsitzender des Reformausschusses stärker Eingemeindungen betreiben werde, nennt er einen völlig unbegründeten Verdacht. „Ich setze mich ausschließlich für sachgerechte Entscheidungen ein“, betonte er mit Nachdruck.

Seine Ziele strebt er, wie ihm seine Freunde nachsagen, mit hartnäckigem Fleiß an, und den hat er seinen Bienen abgesehen. Sie sind zu Hause sein Hobby von Jugend an. Mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen (14, 15) radelt er — sein anderes Privatvergnügen — durch die bergische Heimat, wenn er einmal an einem Wochenende Freizeit machen kann. Dann ärgert ihn gelegentlich, daß so viele Gemeinde- und Kreisgrenzen immer noch auf Fußgängerzuschnitt ausgerichtet sind.

Josef Fischer

Möglichkeit einräumen, Eigentum auch am Genossenschaftsbesitz zu erwerben. Dies entspricht einer konsequenten Politik der Eigentumsbildung. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang die Forderung nach verstärkter Qualitätskontrolle beim Eigentumswohnungsbau, um den Bau zukunftssicherer Wohnungen zu garantieren. In diesem Sinne wäre eine Überprüfung der Qualitätsnormen des Landes zu erwägen.